

### Staatseisenbahnrat.

#### Angelegenheiten des Personenverkehrs.

Im Staatseisenbahnrat beriet heute der Zweite Ausschuss unter dem Vorsitz des Obmannes Niedel v. Niedenstein über Angelegenheiten des Personenverkehrs. Zunächst wurden jene Gegenstände in Beratung gezogen, die nicht Angelegenheiten der Fahrordnung betreffen. Die Mitteilungen des Eisenbahnministeriums wurden zur Kenntnis genommen.

Im Nachhinein zu diesen Mitteilungen wurde vom Regierungsvertreter Sektionschef Ritter v. Solbis die Erklärung abgegeben, daß sich das Eisenbahnministerium in ähnlicher Weise wie die deutschen Bahnen vor allem aus zwingenden Verkehrsbedürfnissen zur Vornahme einer neuerlichen Erhöhung der Fahrpreise der österreichischen Staatsbahnen genötigt gesehen hat. Diese Erhöhung besteht darin, daß von 1. Dezember an bis auf weiteres zu den gegenwärtigen tarismäßigen Zivildarstellpreisen der österreichischen Staatsbahnen ein 50prozentiger Zuschlag erhoben wird. Frei von diesem Zuschlag bleiben Arbeitstourenkarten, Schülermonatskarten und die für Personenzüge geltenden Streckenkarten. Ungeachtet des Zuschlages werden die Fahrpreise der österreichischen Staatsbahnen zum Teil noch billiger, im übrigen nicht erheblich höher als die neuen Fahrpreise der ungarischen Bahnen und — was die Schnellzugpreise anbelangt — sogar durchwegs billiger als jene der deutschen Eisenbahnen samt Zuschlägen sein. Mit Rücksicht auf die äußerste Dringlichkeit dieser Maßnahme konnte eine gutachtliche Meinungsäußerung des Staatseisenbahnrates nicht eingeholt werden.

Auf eine Anfrage des Mitgliedes Dr. Seidl gab Regierungsvertreter Regierungsrat Langer einige Aufklärungen über die Änderungen des Fahrplanes, worauf die Erklärung der Regierung einstimmig zur Kenntnis genommen wurde.

#### Das Verbot der Reservierung von Coupés.

Bei der Beratung der Anträge der Mitglieder Epstein und Wachtel betreffend Erleichterung des Zivildarstellverkehrs unbeschadet der derzeit notwendigen Einschränkungen, des Mitgliedes Dr. Hochfeld betreffend Verbot der Beistellung von Wagenabteilen auf Bestellung und des Mitgliedes Kocharowski betreffend Verbot der Reservierung von Personenwagenabteilen auch in der ersten Klasse wenigstens für die Zeit des Krieges, beklagte Mitglied Kocharowski die Schwierigkeiten bei Reisen aus Galizien nach Wien und brachte Fälle zur Kenntnis, wo trotz des bestehenden Verbotes Wagenabteile reserviert worden seien.

Regierungsvertreter Regierungsrat Langer wies auf das bald nach Kriegsausbruch erlassene Verbot der Beistellung von Wagenabteilen auf Bestellung hin, und sagte zu, daß Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot strenge Ahndung finden werden.

Nachdem noch die Mitglieder Epstein und Kocharowski zum Gegenstand gesprochen hatten, richtete der Berichterstatter Mitglied Gesselle an das Eisenbahnministerium das Ersuchen, die Interessen der Zivildarsteller auf das Nachdrücklichste zu wahren, um ihr das Durchholten zu ermöglichen.

Regierungsvertreter Regierungsrat Langer bemerkte hierzu, daß sich das Eisenbahnministerium die Vertretung der Interessen der Zivildarsteller sehr angelegen sein lasse, daß es aber darauf angewiesen sei, daß ihm konkrete Fälle von Mißbräuchen zur Kenntnis gebracht werden.

Was die Führung von Schlafwagen betreffe, so werden Schlafwagen nur im Verkehr nach den Fronten und nach dem Ausland geführt. Sollte noch eine weitere Einschränkung unausweichlich sein, so wird sie auch durchgeführt werden.